

zu analysieren. Im ersten Hauptteil untersucht er die an die anti-bürgerlichen, sozialromantischen Vorstellungen und Traditionen der bündischen Jugend anknüpfende Vorgeschichte der HJ und beschäftigt sich ausführlich mit ihrer Organisationsgeschichte von der „Großdeutschen Jugendbewegung“ bis zur staatlich gelenkten Massenorganisation 1936. Sein Fazit, daß „die Wirklichkeit des HJ-Betriebs und der HJ-Erziehung ‚unten‘ auch nicht annähernd dem Bild entsprach, das der NS-Staat und die NS-Jugendführung als Anspruch entworfen hatten“, ja daß gerade infolge des Wandels zur Staatsjugend und der Jugenddienstpflicht der „totalitäre Anspruch des NS-Staates ... auf vielfältige Widerstände bei Teilen der jungen Generation gestoßen“ ist, führt Klönne im zweiten Hauptteil zur Beschäftigung mit den „Gegnern“ der HJ. Neben dem Widerstand aus der Arbeiterjugendbewegung und den kirchlichen Jugendverbänden widmet er seine Aufmerksamkeit besonders illegalen „bündischen Umtrieben“. Während die Arbeiterjugendbewegung bis auf kleine Wi-

derstandszirkel zerschlagen war und die konfessionellen Jugendverbände auf Eigenständigkeit gegenüber dem weltanschaulichen Zugriff des Nationalsozialismus beharrten, entstanden in den späten 30er Jahren z.T. aus den Resten der verschiedenen Richtungen der bündischen Jugend „wilde Jugendgruppen“. Klönne beschreibt die Entwicklung dieser Oppositionsströmung vom Typ der „Swing-Jugend“, der „Edelweißpiraten“ oder „Cliquen“ und dokumentiert materialreich ihre vielfältigen Widerstandsformen und Nischen. Dabei hätten sie teilweise an angelsächsischen Mustern orientierte Leitbilder jugendlicher Freizeit vorweggenommen, die sich in Westdeutschland nach 1945 durchsetzten, teilweise Frühformen jugendlicher Subkultur entwickelt. Angesichts der aufgezeigten Formen jugendlichen Protests vermißt man in Klönnes Arbeit jedoch einen exakten Widerstandsbegriff, der dieses Phänomen historisch angemessen erfaßt und zugleich den anderen Widerstandsaktivitäten gegen das NS-Regime sinnvoll zuordnet.

C. S.

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

BONDOLFI, ALBERTO. *Autonomie ou théonomie, une alternative pour la morale chrétienne?* In: *Recherches de Science Religieuse* Jhg. 70 Heft 2 (April-Juni 1982) S. 161–180.

Der Beitrag skizziert für den französischen Leser die deutsche moraltheologische Grundlagendiskussion über die „autonome Ethik“, bezieht aber auch die Aussagen der evangelischen Theologie mit ein. Seine „provisorische Bilanz“: Man habe zu wenig auf die grundlegende Frage geachtet, wer oder was in bezug auf wen oder was autonom sei und damit auf beiden Seiten den Autonomiebegriff zu hermeneutisch unreflektiert verwendet. Man müsse in jedem Fall drei Richtungen des neuzeitlichen Autonomiedenkens unterscheiden: die kantische Position, die von der Autonomie des menschlichen Willens ausgehe, eine vor allem auf Fichte zurückgehende Linie, die Autonomie als autark bestimme, sowie die Rede von der Eigengesetzlichkeit der einzelnen Wirklichkeitsbereiche. In der Moraltheologie könne der Autonomiebegriff wieder neu aufgenommen werden, wenn man auf seine Widersprüchlichkeit achte. Für den Theologen wie für den Philosophen gehe es dabei nicht nur um eine historische Rekonstruktion, sondern um die Suche nach den grundlegenden Ursachen für die Widersprüchlichkeit der Autonomie des Menschen.

KOSLOWSKI, PETER. *Hegel – „der Philosoph der Trinität“?* In: *Theologische Quartalschrift* Jhg. 162 Heft 2 (1982) S. 105–131.

Die im Titel gestellte Frage beantwortet Koslowski insofern mit Nein, als er zeigt, daß zwischen der Hegelschen Trinitätslehre und dem trinitarischen Gottesbegriff des Christentums beträchtliche Differenzen bestehen. Von der Phänomenologie des Geistes über die Enzyklopädie bis zur

Religionsphilosophie betrachte Hegel als wesentlichen Inhalt des Christentums das Werden der Substanz zum Subjekt. Er vertrete damit einen „trinitarischen Pantheismus“, eine Konzeption, „in welcher die Heilsökonomie als Entfaltung der immanenten Trinität und die Weltgeschichte als Prozeß der Subjektwerdung Gottes interpretiert werden.“ Koslowski gibt neuerer theologischer Kritik an Hegels Trinitätslehre recht, warnt aber die Theologen vor einer bloß personal-sozialen Deutung der Trinität: Auch die theologischen Modelle der Trinität müßten die ontologische Differenz wahren. Die Trinität könne weder allein als Substanz noch allein als Subjekt oder allein als Personalität gedacht werden. Die Differenz zwischen Hegelscher und christlicher Trinitätslehre läßt sich nochmals so auf den Begriff bringen: Hegel wahrt nicht die Distanz zwischen Endlichem und Unendlichem, Weltgeschichte und Heilsgeschichte. Demgegenüber hält das Christentum daran fest, daß wir von der Differenzierung in Gott nicht durch Welt und Geschichte, sondern nur durch Gott selber wissen; in der Welt gibt es nur „vestigia trinitatis“.

### Kultur und Gesellschaft

BOYDEN, STEPHEN. *Das Wachstum der Städte als Weltproblem der Entwicklungsländer heute.* In: *Universitas* Jhg. 37 Heft 6 (Juni 1981) S. 589–594.

Die Verstädterung hat unter dem Druck der „Bevölkerungsexplosion“ insbesondere in den Entwicklungsländern ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Gegen Ende dieses Jahrhunderts soll mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung in städtischen Gebieten leben, und 18 Städte in Entwicklungsländern werden voraussichtlich von mehr als 10 Millionen Menschen bewohnt sein. Boyden stellt in diesem Zusammenhang die Arbeit des jetzt zehnjährigen internationalen Forschungsprogramms „Mensch und Biosphäre“ vor. Der Schwerpunkt der Untersuchungen liege

in der Erforschung des „Energieflusses“, der bedeutend zum Verständnis des städtischen Ökosystems beitrage. Die Erkundung des „Energienusters“ einer Gesellschaft berühre alle Seiten ihrer Entwicklung und lenke die Aufmerksamkeit auf ökologisch wichtige Veränderungen. Besonderes Gewicht erhalte dabei die Untersuchung der Verwendung von anderen Energiequellen als tierischer oder menschlicher Muskelkraft. Langfristig hält der Autor die Förderung von Wind-, Sonnen- und Wasserenergie sowie biologischen Kraftstoffen in Entwicklungsländern für sinnvoller als Kohle- oder Atomenergie, da die damit verbundenen verschiedenen kleinen Standorte dem weiteren Wachstum riesiger städtischer Siedlungen entgegenwirken könnten.

WINTERS, FRANCIS X. *Des révolutionnaires malgré eux. Les évêques américains s'opposent à la course aux armements.* In: *Etudes* Heft 7 (Juli 1982) S. 5–19.

Der für den 18. November dieses Jahres von den amerikanischen Bischöfen angekündigte Hirtenbrief über moralische Fragen im Hinblick auf die Verbreitung von Atomwaffen gibt bereits jetzt in den USA Anlaß zu heftigen Diskussionen. Winters erklärt die Entstehungsgeschichte des Dokuments anhand der Meinungsbildung im amerikanischen Episkopat während der vergangenen Jahre, erläutert die bisherige Argumentationsweise und wirft einige Fragen auf. So hinterfragt er z.B. die intellektuelle Tiefenschärfe der Diskussion und nimmt mögliche Einwände gegen den Hirtenbrief vorweg. Letztlich werde wohl niemand völlig mit dem Resultat der bischöflichen Verlautbarung zufrieden sein; aber „das ist häufig das Los von Revolutionären“. Der wichtigste Einwand aber, so Winters, resultiere daraus, daß die Bischöfe in ihrer Argumentation teilweise auf Vermutungen angewiesen seien, die eine radikale Position geradezu herausforderten. Zweifelsohne sei man sich der zwangsläufigen Lückenhaftigkeit bewußt und versuche, diese Lücke so gut als möglich zu schließen.

## Kirche und Ökumene

JOSUTTIS, MANFRED. **Zur Ehe-Politik in der EKD.** In: *Evangelische Theologie* Jhg. 42 Heft 3 (Mai-Juni 1982) S. 271-289.

Josuttis geht von der Beobachtung aus, daß die evangelische Kirche in der Bundesrepublik, was den kritischen Umgang mit der kirchlichen Lehrtradition und die Einstellung zu aktuellen politischen Fragen betrifft, in hohem Maß tolerant sei, daß aber die Stellungnahmen zu Ehe und Familie in den letzten Jahren immer rigider geworden seien. Kirchliche Stellungnahmen zu Ehe und Familie hätten durchweg defensiven Charakter, es gebe eine „bedenkliche Steigerung ihrer theologischen Füllung und Gewichtung“. Dem Eheinstitut werde faktisch die „Exklusivität und Unüberholbarkeit eines Offenbarungsphänomens“ zugeschrieben, während die Kirche die Kritik an der Ehe aus den letzten hundert Jahren kaum rezipiert habe. Alles Positive werde der Institution, das Negative individuellen Verfehlungen zuge-

schrieben. Dem stellt Josuttis eine kritische Betrachtung über die Schwierigkeiten der Ehe in den „Beziehungsmechanismen der Warengesellschaft“ gegenüber. Die Tatsache, daß der protestantische Pfarrer über Gott und Jesus alles mögliche denken und sagen könne, solange er nur ein ordentliches Familienleben führe, habe mit der Symbiose von Religion und Familie zu tun: „In Familienfragen darf die Kirche und soll die Kirche mitreden, weil sie jene Werte vermittelt und jene Rituale vollzieht, die das Funktionieren des gesellschaftlichen Systems garantieren.“

RUNCIE, ROBERT. **Die Anglikaner im Ökumenischen Rat der Kirchen.** In: *Ökumenische Rundschau* Jhg. 31 Heft 3 (Juli 1982) S. 294-301.

In seinem Beitrag, der auf einen Vortrag während eines Besuchs beim ÖRK zurückgeht, gibt der Erzbischof von Canterbury einen knappen Einblick in die besonderen Akzente der Anglikaner innerhalb der ökumenischen Bewegung. Er erin-

ert daran, daß sowohl die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung wie die für Praktisches Christentum stark von Anglikanern unterstützt wurden, daß es aber schon damals im Anglikanismus eine Spannung gegeben habe zwischen der vorrangigen Sorge um Glauben und Kirchenverfassung und dem Votum für den ÖRK. Die „Sturheit“, mit der die Anglikaner am dreifachen Amt, vor allem am Episkopat festhielten, sei mehr als englischer Konservatismus: die anglikanische Tradition stelle die Wiederentdeckung einer auf gemeinsamem eucharistischem Gottesdienst und bischöflichem Amt beruhenden geistlichen Einheit dar. Typisch für den Anglikanismus sei außerdem die enge Verbindung von Kirche und Gesellschaft, bei der soziales Engagement unmittelbar der christlichen Lehre entspringe. Schließlich könne sich der Anglikanismus Einheit der Christen nur unter Einbeziehung Roms vorstellen. Die Zusammenarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen könne dazu beitragen, die mit diesen Akzentsetzungen unausweichlich verbundenen Einseitigkeiten ans Licht zu bringen.

## Personen und Ereignisse

Johannes Paul II. vertraut darauf, daß die Kirche in Simbabwe weiterhin ihre Weisheit unter Beweis stellen wird, indem sie für die Versöhnung und für den Aufbau einer wahrhaft christlichen Gesellschaft arbeiten wird. Diese Erwartung sprach der Papst vor den sieben Bischöfen des Landes aus, die ihm den ersten „Ad-limina“-Besuch seit der Unabhängigkeit Simbawbes abstateten. Johannes Paul II. würdigte den anhaltenden Einsatz der simbabwischen Bischöfe für die Schaffung einer gerechten und friedlichen Gesellschaft, in der die Würde eines jeden garantiert ist. „Euer Eintreten für die Menschenrechte berechtigt zu der festen Hoffnung, daß alle Vorurteile aufgrund von Rasse, Herkunft oder Kultur beseitigt werden.“

Johannes Paul II. ernannte am 15. Juli Apostolische Administratoren für drei Jurisdiktionsbezirke in Litauen. Zum Apostolischen Administrator von Kasiadorys ernannte er *Vincentas Sladkevicius*. Dieser war schon 1957 zum Weihbischof des Bistums Kasiadorys ernannt worden, war aber seit 1959 amtsbehindert. Apostolischer Administrator des Bistums Telsiai und gleichzeitig auch der Prälatur Klaipeda wurde *Antanas Vaičius*. Beide Jurisdiktionsbezirke waren seit 1975 ohne Bischof.

„Wagen wir die christliche Alternative. Wagen wir den Lebensstil des Evangeliums.“ Mit dieser Aufforderung wandte sich der neue Bischof von Limburg, *Franz Kamphaus*, in seinem ersten Hirtenbrief an die Gläubigen des Bistums. Das Nord-Süd-Gefälle betreffe nicht nur die Politik, sondern auch die Kirche. „Wie lassen sich die offensichtlichen Gegensätze zwischen reichen und armen Bistümern, zwischen reichen und armen Gemeinden mit der einen Tischgemeinschaft des Volkes Gottes vereinbaren, zu der wir uns in jeder Eucharistie bekennen?“, fragte der Bischof und betonte: „Je mehr wir diese Kluft als die gegenwärtige Herausforderung des Glaubens erkennen, erledigen sich andere innerkirchliche Konflikte.“

Nach Ansicht des evangelischen Theologen *Günter Brakelmann* muß an Absichten und Verhalten der Friedensbewegung sowie an Art und Umfang der Friedensdiskussion in der Bundesrepublik grundsätzlich Kritik geübt werden. Brakelmann fordert in diesem Zusammenhang auch eine „neue Grundsatzdiskussion über Recht und Grenzen des politischen Redens der Kirche und ihrer Theologen“. Viele Theologen, so meint der Lehrstuhlinhaber für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, neigten zur Überschreitung ihrer Kompetenzen und fachlichen Zuständigkeit sowie „zu Belehrung in Fragen, die andere nun mal von Berufs wegen besser verstehen“.

Unter den Christen in der Bundesrepublik herrsche so etwas wie „Abendstimmung“, in den großen Kirchen gehe eine „unbegreifliche“ Müdigkeit um. Mit diesen Worten umschrieb der Vizepräsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Hartmut Löwe*, die gegenwärtige Situation. Er empfinde es manchmal als gespenstisch, daß die Kirche „nicht selten unter ihrem Niveau lebt und den Moden des Tages nachläuft, anstatt von Gott zu reden“, sagte Löwe in einem Interview. Nach Ansicht Löwes sollte die Christenheit ihre Kräfte sammeln und unnötigen „Familienstreit“ beilegen. Zwischen Protestanten und Katholiken sei mehr Gemeinsamkeit möglich, als man es sich vielfach ausdenken könne.

Seine wesentlichen Erfahrungen als ehemaliger Kultusminister des Landes Niedersachsen faßte *Werner Remmers* in einem Interview mit der katholischen Nachrichten-Agentur zusammen. Die Schule sei „kein Reparaturbetrieb für alle Mängel, die in der Gesellschaft auftreten“, sie dürfe auch nicht „wegen politischer Wechsel ständig reformerischen Wechsels unterworfen werden“. In den nächsten Jahren werde es vor allem darauf ankommen, sich „inneren Fragen der Schule“ zuzuwenden; dabei seien auch inhaltliche Bereiche von Bedeutung: „Was soll in der Schule gelernt

werden, wie kann man die Kinder stärker motivieren, ein wenig mehr mit Freude, aber auch mit Intensität und mit Anstrengung zu lernen“, und zwar eingedenk des „ungeheuren Ablenkungspotentials“, dem die Kinder heutzutage ausgesetzt seien.

Zum neuen Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands wurde der Bischof der Diözese Porvoo, *John Vikström* (50), gewählt. Der Präsident Finnlands wird den neuen Erzbischof demnächst offiziell ernennen. Vikström ist Vorsitzender des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft und der Finnischen Missionsgesellschaft; er wird sein Amt am 1. September antreten, wenn der bisherige Erzbischof *Mikko Juva* zurücktritt.

Der bisherige Erzbischof von Cincinnati, *Joseph Bernardin* (54), wurde vom Papst zum neuen Erzbischof von Chicago ernannt. Er ist Nachfolger von Kardinal *John Patrick Cody*, der im April dieses Jahres im Alter von 74 Jahren starb. Bernardin war von 1974 bis 1977 Vorsitzender der Amerikanischen Bischofskonferenz.

Die Bischöfe von Sambia sind beunruhigt darüber, daß unter der Regierung von Präsident *Kenneth Kaunda* die Gesellschaftsform trotz der Zusicherung des Staatschefs, es handle sich um ein humanistisches Modell, immer mehr auf den Kommunismus zusteure. Kaunda versucht zwar, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz von Sambia und Bischof von Mansa, *James Spaita*, in einem Gespräch vom Gegenteil zu überzeugen, aber, so Spaita, „wir bleiben beunruhigt, weil dieser Humanismus ohne bestimmte Rahmenbedingungen zum Kommunismus heranwächst. Wir sind ernsthaft der Meinung, daß die Religion beiseite geschoben wird, und wünschen deshalb eine klarere Definition der Politik.“ Dabei berufen sich die Bischöfe zum wiederholten Mal auf eine Ökumenische Erklärung von 1978, die sich unter dem Titel „Marxismus, Humanismus und Christentum“ mit dem Wissenschaftlichen Sozialismus auseinandersetzte.